

Deutsche Gewerbezeitung

Erscheinen:
Wöchentlich 2 Nummern;
mit vielen Holz-
schnitten und Figuren-
tafeln.

Preis:
3/4 Thaler oder
9 Gulden 30 Kr. rhein.
jährlich.

Bestellungen auf das
Blatt sind in allen Buch-
handlungen und Postämtern
des In- und Auslandes zu
machen.



Beiträge:
in F. G. Wied,
und

Anserate:
zu 1 Rgr. die dreispaltige
Zeile (Petit)
sind an die Buchhandlung
von Robert Bamberg
in Leipzig zu richten.
Angemessene Bei-
träge für das Blatt
werden honorirt.

Sächsisches Gewerbeblatt.

Verantwortlicher Redakteur: Friedrich Georg Wied.

Inhalt: Gutachten über den Freihändler-Tarifentwurf, vom Bürger- und Gewerbeverein in Neumünster (Holstein) angenommen. — Erbiten.

Gutachten über den Freihändler-Tarifentwurf, vom Bürger- und Gewerbeverein in Neumünster (Holstein) angenommen. *)

Der Ausschuss, einmündend, daß eine Zollgesetzgebung Deutschlands, welche auf Grundlage des vorliegenden Tarifentwurfs erfolgen würde, im Interesse eines Theiles des nord-deutschen Handelslandes sein möchte, trägt gleichwohl kein Bedenken, dem Bürger- und Gewerbeverein zu widerstehen, sich zu Gunsten dieses Tarifentwurfs zu erklären, und zwar 1) aus volks wirtschaftlichen und 2) aus politischen Gründen.

Es ist bekannt, daß unter dem Schutze des sogenannten perussischen Zollvereins bereits eine bedeutende Fabrikthätigkeit innerhalb der Grenzen dieses Vereins sich entwickelt hat, während außerhalb derselben, in Münchenburg, Hannover, Oldenburg, den Hansestädten und Schleswig-Holstein-Kaumern, mit wenigen Ausnahmen, diese Thätigkeit nicht hat aufkommen können.

Erklärt man die Wirkungen aus den Ursachen, so zeigt sich, daß das Zurechtwieken Nord-Deutschlands gegen Süd-Deutschland in industrieller Hinsicht durch den dort mangelnden Schutz verschuldet ist, und es erhellt, daß die industrielle Thätigkeit Süd-Deutschlands sofort mit dem Aufheben eines genügenden Schutzes der Konkurrenz des Auslandes erliegen müßte, und daß ferner in Folge dessen ganze Distrikte arbeitslos würden, und die Bevölkerung derselben entweder auswandern oder verhungern müßte. Denn wie sollte z. B. der Hütenbesitzer und der Leinwandfabrikant in Deutschland plötzlich mit dem England, der so weit voraus ist, in Konkurrenz treten können, selbst wenn England keine höhere Eingangszölle nähme, als Deutschland, und wie viel weniger noch wäre dies möglich, wenn diesem ganz Deutschland offen steht, während jenem England verschlossen ist.

Neumünster braucht zwar nicht daran erinnert zu werden, daß es seine Manufakturindustrie nur der genossenen Zollbegünstigung verdankt. — Die vorliegende Angelegenheit ist indeß nicht vom Standpunkte Neumünsters aus zu beurtheilen, sondern von dem des gesammten Deutschlands. — Der deutsche Bundesstaat soll nur eine Zollgesetzgebung und eine Zollgarantie haben, und es fragt sich also, welcher Theil Deutschlands in der Zollfrage den Anforderungen des andern sich fügen kann; ob die nord-deutschen Küstenstaaten einen Schutz Zoll, wie ihn Binnens-Deutschland haben muß, annehmen, oder ob umgekehrt die Länder des Zollvereins sich den vorliegenden Tarifentwurf aneignen sollen; denn nur wer nachgeben kann in einer solchen Lebensfrage Deutschlands, der muß auch nachgeben.

Es soll jedoch hierbei hervorzuheben werden, daß der Ausschuss

nicht der Meinung ist, es müsse der bisherige Zollvereinstarif in allen seinen Sägen aufrecht erhalten bleiben, sondern er hält vielmehr dafür, daß, während er den größten Werth auf Schutz der bestehenden und ins Leben zu rufenden gewerblichen Industrie legt, ebenfalls im Interesse dieser Industrie der Eingangszoll auf Kolonialwaaren möglichst niedrig sein müsse, und Deutschland kann, nach unserm Dafürhalten, um so eher dieser Forderung nachgeben, als es keine eigenen Kolonien besitzt, also auch keine besondere Interessen derselben gegen andere dergleichen habende Länder zu beschützen braucht, und folglich um so freiere Hand hat, Handelsverträge mit solchen Kolonialstaaten abzuschließen, welche für Deutschland vortheilhafte Gegenanordnungen machen.

Zur Beantwortung der vorhin aufgestellten Frage zurückkehrend, wird es dienlich sein, daran zu erinnern, daß beide streitende Parteien, die Schutzöllner und die Freihändler, sich gegenseitig egoistischer Zwecke beschuldigen, und beide für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, nach des Volkes Wohlfahrt zu streben.

Diese Stellung der Parteien führte ihren Ausschuss unmittelbar zu dem Standpunkte hin, von welchem allein diese Frage unparteiisch zu entscheiden sein wird, nämlich vom Standpunkte der Volkswohlfahrt und also der Volkswirtschaft.

Die Volkswohlfahrt beruht darauf — sagen die Anhänger des freien Handels — daß das Volk seine Bedürfnisse möglichst wohlfeil befriedigen könne, und es ist nicht zu bestreiten, daß dieser Satz richtig wäre, wenn die zum Bezug der wohlfeilsten Bedürfnisse doch immer nöthigen Mittel ohne Willkür stets beim Volke vorhanden wären; oder mit anderen Worten, der Arbeiter könnte und möchte inwiefern möglichst wohlfeil leben, wenn er nur so viel verdienen könnte, als zu diesem wohlfeilen Leben nöthig ist. Hier aber gerade liegt der Hemmschuh gegen die Forderungen der Freihändler. Die Arbeit geht vor, Wer nicht arbeitet, der verdient Nichts, und von Nichts kann kein Mensch leben, wenn die Bedürfnisse auch noch so wohlfeil sind. — Darum ist der Arbeitsschaff der wahre Wohlthäter des Volkes, und die Partei unter den Streitenden, welche die meisten Arbeiter beschäftigt, hat also offenbar Recht, wenn sie im Interesse der Volkswohlfahrt verlangt, daß die entgegenstehende nachgegeben.

Daß aber eine blühende Industrie viel mehr Arbeiter zur Ansfertigung der Fabrikate bedarf, als der hier allein in Betracht kom-

*) Vergl. den Artikel: „Grüße aus Schleswig-Holstein“ in Nr. 39. dieser Zeitg.

rende Arbeit des Handelsstandes, der diese Waaren vom Auslande einführt, wenn sie in Deutschland nicht angesetzt werden, liegt auf der Hand, und demnach wäre die Frage entschieden, wenn nicht die Freihandeln ein Mittel der Verdrängung anwenden.

Sie sagen, es ist nur leerer Vorwand oder Eigennutz der Gewerbetreibenden, wenn dieselben behaupten, daß ohne Schutzoll ihre Industrie nicht bestehen könne, daß sie ihre Arbeiter in diesem Falle entlassen müßten. Warum verbessern sie ihre Maschinen nicht? Warum nehmen sie keine geschickteren Arbeiter?

Daß dies müßige Fragen sind, ist so klar, daß man sich über deren Aufstellung wundern muß, und die Frage veranlaßt eben damit, daß sie nur schwache Gründe gegenüberzustellen haben.

Es müßte nämlich doch jedem Kaufmann, der da weiß, was Konkurrenz bedeutet, und wie ein geringes Uebergewicht auf einer Seite den Erfolg für diese Seite entscheidet, ohne Frage einleuchtend sein, daß die besten Maschinen und die geschicktesten Arbeiter nicht allein im Stande sind, Konkurrenten zu überwinden, welche, wie in England und Frankreich, in ihren Ländern durch hohe Schutzölle den Absatz für ihre Fabrikate gesichert haben, und denen überdies der Markt neben dem deutschen Industriellen in dem schutzlosen Deutschland offen stehen würde. Es müßten eben, wenn nicht gleich, so doch ähnliche Zollverhältnisse, wie in jenen Ländern, trotz der Gefährlichkeit für Freihandel, fortzubehalten bestehen, zu Hilfe kommen, um den Bedarf Deutschlands zunächst der deutschen Arbeit zuzuwenden.

Wie einem Worte: so lange England und Frankreich hohe Schutzölle haben, kann Deutschlands Industrie nicht ohne Schutz bestehen, noch weniger sich weiter entwickeln, und zwar um so weniger, als jene Länder allerdings zur Zeit noch ein großes Uebergewicht in geschickten Arbeitern, vorzüglichen Maschinen und enormen Kapitalien besitzen. Uebung macht den Meister. Dies Wort gilt auch vorzüglich von dem Fabrikarbeiter. Nicht also den deutschen Arbeiter an sich trifft der Vorwurf der geringeren Geschicklichkeit, sondern dieser Vorwurf trifft nur diejenigen, welche ihm keine Gelegenheit verschafft haben, seine Kräfte zu üben und dadurch auszubilden, und da Privatpersonen dies ohne Schutz ihrer Arbeit nicht können und nicht thun, so laßt der dieselbe in Wahrheit allein auf der bisherigen Perfection Deutschlands.

Und deshalb ist eben die Einigung Deutschlands so außerordentlich wichtig auch in materieller Hinsicht. Eine einzige Zollgesetzgebung für dieses große Reich wird dem Auslande gegenüber ganz andere Wirkungen hervorbringen, als bisher die einzelnen Abtheile.

Es wird wirkliche Regelpolitik bei Schiffahrt und Handelsverträgen erzwingen können, während die einzelnen Zollvereine bisher immer dabei prävariirt wurden. Natürlich, weil dem Auslande in dem zeitpatenten Deutschland immer noch Hindernissen genug offen blieben, um seine Waaren hineinzubringen, während umgekehrt jene Länder ihre Eingänge mit Zollschiffen wohl verwahrt hielten.

Das „ackerbaureiche Deutschland“, wie es von Solchen ganz genannt wird, die ihre Schafe auf diesem Acker noch länger unentgeltlich weiden möchten, war ein guter Annehmer ausländischer Fabrikate.

Schafe aber — das lassen sich die guten landwirthschaftsbetreibenden Deutschen, bedürftig gesagt, sein —, obgleich von stiller, friedlicher Natur, suchen sich die besten Gelehrten von der Weide; sie fressen den Wahn (Sahne) von der Milch, wie der Bauer sagt.

Nicht unähnlich solchen Schafen sind die das englische Manufakturwaarengeschäfte in Deutschland vermittelnden Kaufleute, die größtentheils in den Küstenländern Nord-Deutschlands wohnen; durch welchen Umstand es sich denn auch erklären läßt, warum gerade von dort aus die Agitation für den sogenannten Freihandel betrieben wird. Bei der jetzigen Lage dieser Städte gewinnt es denn ferner den Anschein, aber auch nur den Anschein, als wenn ganz Nord-Deutschland mit ihnen einverstanden wäre, was nach unserer Uebersetzung nicht der Fall ist; und wäre dies, so müßte es Aufgabe jedes wahren Volkse Freundes sein, die Zerstörer über ihre Zerstörungen aufzuklären. Und allerdings sind Zerstörer über die vorliegende Frage in Schleswig-Holstein vorhanden. Der Ausschuss will nicht unterlassen, davon einen hervorzuheben, den über die Wahl der Mittel zur Abhilfe eines bekannten Uebels. Die Handwerker in Schleswig-Holstein begreifen z. B. Schutz für ihre Gewerbe, suchen aber diesen Schutz, in Ermangelung eines anderen bekannten Mittels, durch den Zwang zu erzwingen.

Diesem möge es klar gemacht werden, daß ihr Wunsch nach

vermehrter Arbeit — denn auf nichts Anderes geht ihr Bestreben — eben durch Einführung eines hindernden Schutzes erfüllt wird. Denn in dem Maße, als mehr im Lande durch die vermehrte industrielle Arbeit verdient wird, in demselben Maße nimmt das Bedürfnis nach Handwerkerarbeiten zu, und mehrern sich die Mittel, dieselben zu bezahlen.

Kein Wunder ist es aber, daß den beim englischen Geschäfte Interessirten solche Rölle, welche die englische Arbeit verdrängen und die deutsche an ihre Stelle setzen sollen, ein Gedul sind. Man hüte sich also vor deren Lehen und frage nach unwiderleglichen Beweisen dafür.

Den Gegenbeweis, daß nämlich in Deutschland die gewerbliche Industrie ohne Schutzoll nicht allgemein aufkommen kann, daß sie aber bei hincindem Schutz sehr wohl gedeiht, geleitet der Ausschuss aus den Zuständen der verschiedenen Industriezweige, welche unter verhältnismäßig ungleichem Schutze stehen, unmittelbar und thatsächlich, also unwiderleglich, abzuweisen.

Während nämlich bei einem Eingangszoll von 3 Thlr. auf den Ztr. Zwist (ein- und zweibrüstig, ungebleicht) die Baumwollenspinnerien im Zollverein noch nicht allgemein aufkommen können und daher zur Zeit nur eine geringe Anzahl Arbeiter beschäftigt, steht die Baumwollenspinnerei bei einem Zoll von 30 Thlr. pr. Ztr. in so hoher Vollkommenheit, daß beträchtlich große Quantitäten sogar nach England ausgeführt werden. Und ist nicht der blühende Zustand der Tuchfabrikation im Zollverein bei einem mäßigen Schutz von 30 Thlr. pr. Ztr. ein weiterer Beweis, daß es weder an den Arbeitern noch an den Maschinen liegt, wenn viele Zweige industrieller Thätigkeit in Deutschland bisher nicht aufkommen konnten, sondern lediglich am Mangel des nöthigen Schutzes gegen ausländische Arbeit?

Der Erfolg erklärt sich sehr einfach daraus, daß bei einem hincindem Schutze gegen das Ausland die Kapitalisten sich mit dem nöthigen Vertrauen und in großer Anzahl auf die Fabrikation werfen, und diese durch die wirthschaftliche innere Konkurrenz zu einer hohen Vollkommenheit treiben, während bei Schutzlosigkeit oder bei unzureichendem Schutze nur einzelne sehr reiche Leute den Versuch wagen können, den betreffenden Industriezweig trotz der ungünstigen Verhältnisse in Deutschland heimisch zu machen. Daß solche Versuche, weil sie nur vereinzelt dastehen, und also nicht viele Arbeiter beschäftigen, von den Freihandelsbehörden gern „Reichthumspflanzen“ gehalten werden, begreift sich, weil man in jedem solchen Versuch schon einen herannahenden Feind der die ganze Welt mit Polypenarmen umspannenden Handelskartellpolitik sieht.

Es ist aber ganz entschieden ungerath, weil gegen die Volkswohlfahrt, wenn man unter Hinweisung auf das vereinzelt Dastehen, z. B. der Maschinenwirthschaften die Forderung stützt, solchen Zweigen allen Schutz zu entziehen, denn 15 Sgr. bis 1 Thaler pr. Ztr. für die vorhin genannte Serie Zwist, gibt keinen Schutz. Man soll den Zoll vielmehr so viel erhöhen (etwa von 3 auf 5 Thlr.), daß die Spinnerei wirklich ein einträgliches Geschäft ist, und daher auch ihren Mann ernährt, wenn dieselbe sie nur in kleinem Umfange betreiben kann. Alsdann wird eine große Anzahl Arbeiter dabei beschäftigt werden können, und Deutschland wird die Millionen selbst verdienen, die bisher England vorabnahm.

Um es dem Bürger- und Gewerbeverein anschaulicher zu machen, welchen Erfolg für die Volkswohlfahrt ein hincindem Schutzoll hat, darf der Ausschuss nur darauf hinweisen, wie die Tuchfabrikation hierseits eben nur dadurch so ausgebreitet worden ist, daß es dem fleißigen und geschickten Fabrikarbeiter möglich wurde, bei keiner Anlage und geringem Vermögen eine selbstständige Existenz zu erringen. Bei einem geringen Schutze wäre nur ein geringer Verdienst möglich gewesen, selbst bei großen Establishments, und die Folge wäre natürlich die, daß vielleicht ein paar Fabrikanten mit dürftig ernährten Arbeitern vorhanden wären, aber keineswegs ein in behaglicher Wohlhabenheit lebendes zahlreiches Tuchmacher.

Das aber erscheint dem Ausschuss eben als die höchste Aufgabe der Staatsmänner, denen die Volkswohlfahrt zu befördern obliegt, daß sie danach streben: 1) möglichst viel Arbeit für das Volk zu schaffen, 2) daß diese Arbeit lohnend sei, damit 3) aus der Klasse der Handarbeiter möglichst viele sich die Selbstständigkeit erringen können. Den ersten Punkt anlangend, pflegen die Gegner der Fabrikindustrie zwar häufig anzuführen, daß noch Arbeit genug in Deutschland sei, daß

z. B. noch große Länderstrecken unbebaut liegen, welche bei gehöriger Kultivierung noch auf viele Jahre die Bevölkerung ernähren könnten. Sie vergessen aber dabei, daß eben die Kultivierung dieser Länder, abgesehen davon, daß der Besitz derselben in Händen von Privatpersonen manchen Plänen hindernd in dem Weg treten würde, große Kapitalauslagen erfordert, welche zu machen ebensowenig die Staatskassen, als die der reichen Privaten bereit sind, und daß also alle diese Pläne an dem Fehlen der zu ihrer Ausführung nöthigen Mittel scheitern müssen. Aber selbst angenommen, diese Mittel wären da, so sollte doch Niemand, der sich mit der Volkswohlfahrt beschäftigt, also auch auf die Zukunft Bedacht nehmen muß, sich darüber mehr täuschen, daß der Ackerbau zwar eine gewisse Anzahl von Personen mit Vortheil beschäftigen und ernähren könne, daß aber diese Zahl ihre Grenzen hat, wie das Beispiel Irlands, welches Englands feilschliche Politik zu einem ackerbaustreibenden Lande verdammt hat, zum Schrecken aller wahren und falschen Volkseurede lehrte. — Ist dieser Satz aber über allen Zweifel erhaben, so folgt doch Angesichts der jährlich zunehmenden Bevölkerung Deutschlands ebenso unzweifelhaft, daß das Bestreben, Arbeit auf die Dauer zu schaffen, vorzüglich auf solche Erwerbszweige gerichtet werden müsse, welche die Deutschen in die Lage bringen, zunächst ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können, sodann aber auch, ihrem häuslichen Bedarf an den Märkten des Auslandes zu Gelde zu machen, d. h. Fabrikindustrie mit Vortheil treiben zu können. Verdient die Arbeiterklasse nur gut, so kann sie sich ihr Lebensbedürfnisse, auch selbst wenn sie etwas theurer sind, kaufen; verdient sie aber nichts, so muß sie gewiß von Almosen leben oder hungern; und selbst wenn sie etwas, aber nicht genug zur Existenz verdient, so ist ihre Lage um nichts gebessert. — Denn wer 3 Mark wöchentlich bei den wohlfeilsten Bedürfnissen gebraucht und nur 2 Mk. verdient, der sieht sich offenbar schlechter, als wer bei theureren Lebensbedürfnissen 4 Mk. gebraucht und 5 Mk. verdient. — Ueberdies aber wird die Kultivierung der noch nicht liegenden Länderen auf die natürlichste Weise befördert, wenn die zunehmende Bevölkerung durch die Industrie ernährt werden kann. Ziemlich zahlungsfähige Konsumenten, desto mehr Lebensbedürfnisse sind erforderlich, und do der Bedarf die Preise bestimmt, so wird der Landmann die höchsten Preise von einer zahlreichen und gut verdienenden inländischen Bevölkerung bedingend, und diese höheren Preise werden ihn wieder in den Stand setzen, die vom Hause entfernter liegenden unfruchtbareren Länderen mit Vortheil bebauen zu können. Und ist es nicht von der allergrößten Wichtigkeit für den deutschen Landbesitzer, wenn bei der ersichtlichsten Verminderung des Absatzes an Korn und Weizen nach England, zeitig Mittel gefunden werden, seine ganze Produktion in Deutschland gut zu verwerthen zu können? — So geht die Bodenkultur mit der Fabrikindustrie Hand in Hand, wie oft gesagt und nachgewiesen worden ist, ohne freilich Jedemjenigen zu überzeugen, deren vermeintliches oder wirkliches Interesse sie abhält, sich überzeugen zu lassen.

Amat wird von dieser Seite oft die Armut und Noth der englischen Fabrikarbeiter hervorgehoben, um die Deutschen vor solchem Zustand zu schrecken; allein diese Noth kann im Vergleich zu der der deutschen Arbeiter so gar groß nicht sein, denn England konsumirte im Jahre 1846 von dem auf 167 Millionen Pfd. Sterl. berechneten Werth seiner industriellen Erzeugnisse beinahe für 100 Mill. selbst. — Der Unterschied liegt hauptsächlich darin, daß die englische Arbeiter gewohnt ist sehr gut zu leben, und daher eine geringe Einkommensminderung ihn schon zu Klagen veranlaßt, welche Klagen bei dem öffentlichen Leben Englands sofort zur allgemeinen Kunde gelangen, und oft zu Parteizwecken ausgenutzt und vergrößert werden; während der deutsche Arbeiter, an Mangel und Entbehrung gewöhnt, im Stillen fortdarbt, bis große Missethe zu Ueberforderung der eigenen Regierung plötzlich dem Hungertode nahe erklärt werden. Als in dem bisherigen Regierungssystem in den deutschen Staaten, im Gegensatz zu dem englischen, liegt der Grund, daß man von Armut der englischen Arbeiter spricht, während man von Armut der deutschen nichts weiß, oder wenigstens sich so anstellt, als wisse man nichts davon.

Aber — der Mangel an öffentlichen Leben in Deutschland ist durch den Geist des Jahres 1848 beseitigt. — Seitdem ist das Jahr 1849 nicht mehr der Mangel an Arbeit durch die Gesetzgebung, so dürfte Deutschland bald erschrecken vor dem Ueberfluß an Klagen hungeriger Arbeiter.

Daß aber so die Lage Deutschlands ist oder wird, je nachdem so genannte Finanzjölle oder Schutzjölle eingeführt werden, das wird der nicht bestreiten, der den Zustand der deutschen Arbeiter kennt, und der da weiß, wie viele Millionen Thaler Arbeitslohn Deutschland bis jetzt jährlich an das Ausland bezahle, ohne ein entsprechendes Äquivalent dafür zu haben.

Deshalb schaffe man Arbeit, und lohnende Arbeit durch die erforderlichen Schutzjölle.

Um indeß dem Vorwurfe auszuweichen, als seien die entgegenstehenden Verhältnisse, nämlich die Existenzbedürfnisse des Handelsstandes und seiner Arbeiter, vom Aufschusse nicht in Betracht gezogen, bemerkt derselbe, daß dies allerdings geschehen ist, daß es aber dabei nicht hat einleuchten wollen, wie der beim Handel beschäftigte Arbeiterstand durch einen Schutzjoll für die Fabrikarbeiter sollte beeinträchtigt werden können.

Handel und Schifffahrt im Allgemeinen wird doch dadurch nicht vermindert, daß Deutschland z. B. die rohe Baumwolle von Amerika statt des Zwistes von England holt; daß das große Deutschland seine Lage an einzelnen Stellen aus Tageslicht fördert und verarbeitet, um die fertigen Waaren an anderen Stellen zu verkaufen und auszuführen, anstatt englisches Eisen und englische Kohlen auf englischen Schiffen einführen zu lassen. Im Gegentheil bedarf die überseeische Schifffahrt des Schutzes eines einheitlichen und mächtigen Deutschlands ebenso sehr als die Industrie. — Nur durch die anzunehmende Verschließung des ganzen Deutschlands für englische Schiffe in dieser Fahrt wird England bedrohen werden, seine Schifffahrtsgesetze zu Gunsten deutscher Schifffahrt zu ändern. Wenn aber Handel und Schifffahrt im Ganzen nicht abnimmt, so verliert der dabei beschäftigte Arbeiterstand natürlich auch nicht.

Daß aber der Arbeiter des Kaufmanns dieselben Jölle bezahle, deren Einführung dem Fabrikarbeiter überhaupt erst die Existenz möglich macht, wird doch nicht als eine Beeinträchtigung des ersteren angesehen werden können. Endlich ist aber auch nicht zu übersehen, daß die Arbeiter überhaupt um so höheren Lohn erlangen werden, je mehr ihre Thätigkeit gesucht wird, woraus folgt, daß der Fabrikarbeiter das erste Interesse des Arbeiters beim Handelslande, überhaupt lohnende Arbeit zu haben, sehr fördert.

Dagegen hält der Ausfluß es für sehr wahrscheinlich, daß die das englische Manufakturwaarenangebot vermittelnden Kaufleute Norddeutschlands durch eine deutsche Industrie in diesem Zweige an ihrem gewiß lukrativen Geschäfte eine Einbuße erleiden werden, ohne aber deshalb ihre Existenz notwendig einsparen zu müssen. Und wenn auch wirklich einige Häuser dadurch einklagen, so werden diese doch nicht behaupten wollen, daß sie den ganzen Handelsstand Deutschlands repräsentieren, und daß ihre Untergang auch der seinige sei.

Es ist vielmehr nur der kleine Theil des deutschen Handelsstandes, welcher sich allein von der Einfuhr der Fabrikate in Deutschland lebt, und dieser Theil wird um so weniger auf vorzuziehende Beschäftigung seiner Anverwandten Anspruch machen dürfen, als er gerade mit dazu beiträgt, daß das Mark Deutschlands vom Auslande versorgt wird.

Der viel weitem zahlreichere Theil des Handelsstandes, welcher den Binnenhandel vermittelt, wird im Gegentheil durch den Schutz der deutschen Arbeit außerordentlich gewinnen, denn sein Interesse beschränkt sich nicht darauf, ausländischen Fabrikaten Absatz zu verkaufen und Eingangsoll zu erheben, sondern es beruht auf den ununterbrochenen Absatz seiner Produkte und Waaren an inländische, zahlungsfähige Konsumenten.

Wenn sonach ausgeführt ist, daß die Handelsstände im Ganzen und seine Arbeiter, selbst in Norddeutschland, sich sehr wohl befinden werden bei Einführung eines so hohen Zolltarifs, als die Fabrikanten Deutschlands bedarf, um den ihr durch den Preis und die Solidität der deutschen Arbeiter gebührenden Rang in der Welt einnehmen zu können: — so darf in Beziehung auf das Interesse der Agrikultursklasse gesagt werden, daß sie bei der Unmöglichkeit, die zunehmende Bevölkerung auf ihrem Acker zu beschäftigen und demnach durch Arbeit zu ernähren, viel besser daran find, wenn die überflüssige Bevölkerung durch Fabrikthätigkeit beschäftigt wird, als wenn dieselbe durch Almosen ernährt werden soll. Denn solche Armenlast kann nicht nur, wie sie es in Irland schon ist, eine unerschwingliche werden, sondern die Nothwendigkeit, den Ar-

beitsfähiger Armen anstatt Arbeit zu geben, demoralisirt das Volk überdies demassen, daß der arbeitende Rest auch nichts Bedeutendes leistet. Dagegen schafft der fleißige Fabrikarbeiter nicht nur Brot für sich und seine Familie, sondern er vermehrt zugleich die Konsumtion und trägt demnach in höherem Maße zur Verwerthung der Agrarkultursergebnisse bei.

In Summa: wer Arbeit schafft, schafft Kapital ins Land; denn das größte Kapital fließt ohne Arbeit die Arbeitskraft des Volkes, wenn sie gehörig angewendet werden kann.

Die richtige Lösung der Zollfrage ist demnach zugleich die nächstmögliche Lösung der sozialen Frage für Deutschland.

Zu dem zweiten Theile, den politischen Gründen, übergehend, bemerkt der Ausschuss, daß er — in Betracht, daß der „Verein für Handelsfreiheit“ sich nicht damit begnügt hat, seine Vorschläge der Nationalversammlung zu unterbreiten, sondern vielmehr beflissen ist, eine Agitation gegen deren etwaige Beschlüsse, sofern sie nämlich, wie voraussichtlich, nicht nach Wunsch der Freihändler ausfallen sollten, ins Werk zu setzen — nicht umhin kann, diesen Verein einen Sonderbund gegen die Nationalversammlung zu nennen, und weiter — Angesichts der Thatfache, daß derselbe seinen Sitz in Norddeutschland hat, die Fabrikanten, gegen welche er gerichtet ist, dagegen in Süddeutschland, — als einen Anlaß, daß in der Vereinigung begriffene Deutschland in zwei Theile zu spalten. Für diejenigen daher, welche das Reich Deutschlands als ein und zunächst in einem einzigen Bundesstaat finden — und das ist denn doch die große Mehrzahl des Volkes, wie seiner Vertreter — muß ein solches Bestehen in seinen weiteren Konsequenzen als Verath am Vaterlande erscheinen.

Gibt es doch schon Stimmen, die, auf Grundlage der von dem Vereine für Handelsfreiheit verbreiteten Ansichten, die Möglichkeit, ja Nothwendigkeit ungeachtet auszusprechen, daß Deutschland in zwei Zollvereine zerfallen würde und müßte.

Man denke! Zwei Zollvereine für ein Deutschland. Weiß man nicht, daß gerade die bisherigen drei oder mehreren Zollvereine Deutschlands es verhindert haben, das eine einheitliche, also nachdrucksolle und für Deutschland günstige Handelspolitik befolgt werde? Und trotz dieser Erfahrung sollte man zu einer Zeit, wo der Drang der ganzen Nation darauf gerichtet ist, Deutschland durch Einheit mächtig und unabhängig zu machen, selbst in der Frage, die einer engen staatlichen Vereinigung vorzugehen könnte, wie ja die bisherigen Zollvereine beweisen, spalten, statt zu einigen und auszugleichen? Nimmermehr! — Es möchte auch ein eigenthümliches Deutschland werden, welches nach solchen Prinzipien konstituiert würde! — Kennt man denn kein anderes Mittel zur Ausgleichung, als Ländertheilung und immer wieder Ländertheilung? Der Ausschuss erlaubt sich, die Aufmerksamkeit auf ein anderes Mittel hinzuweisen, wodurch, ohne der Einheit Deutschlands und der Entwicklung aller seiner Arbeitskräfte im Geringsten zu schaden, es verhindert wird, daß einzelne Staaten Deutschlands bei der Auftheilung nach Kapiteln einen viel geringeren Theil aus der gemeinschaftlichen Zollstätte erhalten, als ihre Bewohner im Verhältnisse dazu beizubringen haben. — Aus den statistischen Tabellen und den Zollgesetzen der einzelnen Staaten, welche diesem bei drei Zollvereine bilden, ist es zu ermitteln, wie viel der Konsum per Kopf in den verschiedenen Vereinen während einer Reihe von Jahren in den Hauptartikeln betrug. — Man bilde aus diesen Resultaten die Maßstäbe zur Beilegung der Reinerträge aus der Reichszollstätte.

3. B. Der Verbrauch an Zucker im preussischen Zollverein, im Steuerverein und in Schleswig-Holstein hätte bisher nach Kopfhalt im Verhältnisse gestanden wie 1, 1½ und 2, und die Einnahmesumme dieser Zollvereine wäre 36 Millionen, 3 Millionen und 1 Million, so würden bei der Auftheilung der für Zucker in die Reichskasse geflossenen Zollentbände die 3 Millionen des Steuervereins für 4½ und die 1 Million in Schleswig-Holstein für 2 gerechnet werden, während die 36 Millionen des Zollvereins nur einfach zählten. Auf solche Weise würde nicht nur jeder bisherige Zollverband sein Mehrgehaltes zurückbehalten, sondern es könnten selbst einzelne Theile dieser Verbände, welche bei der bisherigen Auftheilung zu kurz kamen, als z. B. Ost- und Westpreußen, mit dreifachtheilung werden, und also von einer Präjudikation des einzelnen Theils durch den andern nicht die Rede sein können. — Sollten die beiden Mecklenburg und die freien Städte Hamburg, Lübeck und Bremen, welche keinem der genannten Zollverbände angehörten, den bisherigen Konsum aus ihren Steuererträgen nicht genau ermitteln können, so wird dies doch annäherungsweise möglich sein, und auf ein Geringes mehr oder weniger kann es ja überhaupt bei einer so großen Frage, wie die Einigung Deutschlands ist, nicht ankommen. — Werden doch alle Staaten und manche Bewohner derselben direkt oder indirekt Opfer bringen müssen zum Wohle des ganzen Vaterlandes, welches dafür auf anderem Wege überreichlich entschädigt wird. — So sehr also der vom Verein für Handelsfreiheit ausgearbeitete und vorgelegte Entwurf eines Zolltarifs für Deutschland nach der Ansicht ihres Ausschusses gegen die Volkswirthschaft verstoßt, ebenso gefährlich hält derselbe ihn in politischer Hinsicht, weil eine mit solcher Energie betriebene Agitation gegen die Nationalversammlung das Vertrauen zu derselben untergräbt, und die vorwiegend materielle Eigenschaft der Frage mit dem fälschlich ausgegangenen Schilde einer Freiheit, die weder darin liegt noch begründet wäre, und mit dem unwahren Satze, daß im Interesse des Volkes der Tarif nicht höher sein dürfe, als vorgeschlagen, sehr gegenwärtig ist, eine große Anzahl Anhänger zu gewinnen, und demnach eine der Einheit Deutschlands feindselige Aufregung zu bewirken. — Trifft doch schon die Handelskorporation Weimars mit einer Erklärung an die Nationalversammlung hervor, wie ernst sie die Forderung so weit treibt, offene Widerständigkeit anzubringen, im Fall ein höherer Tarif in Frankfurt beschlossen würde. — Wiesam gegen Deutschland! Komisch zwar ist die Arroganz einer solchen Forderung in einem solchen Stadium, die sich vermischt, der deutschen Nationalversammlung zu drohen. Erst jedoch, sehr ernst ist die Frage, wenn solcher Wahnsinn in Norddeutschland um sich greift, und es fähig sich daher der Ausschuss im Interesse des theuren Vaterlandes gedrungen:

dem Bürger- und Gewerbevereine die Zustimmung zu dem vorliegenden, von dem Verein für Handelsfreiheit ausgearbeiteten und empfohlenen Entwurf eines Zolltarifs für Deutschland nicht nur zu verweigern, sondern auch demselben anzugehen, mit allen Kräften zu wirken gegen die Verbreitung einer falschen Ansicht in Schleswig-Holstein über diese Angelegenheit durch den Entwurf und seine Motive. *)

Neumünster, im Februar 1849.

Der zur Begutachtung des Tarifs erwählte Ausschuss:
Desau. Kneeb. Kaltschmidt. C. Meißner.
O. S. Bremer.

*) In ähnlicher Weise hat sich der Verein gegen die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. ausgesprochen. Die Red.

Er bieten.

Gewerbetreibenden, Mechanikern und Erfindern, welche Bekanntmachung und Empfehlung ihrer Erzeugnisse oder Feststellung der Erfindung und Ursprünglichkeit ihrer Erfindungen und Konstruktionen wünschen, bietet Unterzeichnete dazu die Gelegenheit in der Maße an, daß die betreffenden Herren wie entweder wenn thunlich, die Gegenstände, um die es sich handelt, in Wirklichkeit oder in Zeichnungen und Beschreibungen franco einzusenden hätten (unter der Adresse: Friedrich Georg Wied in Dresden) wegen Unterzeichnete verspricht, im Fall die Sache werthlich Empfehlung verdient, und sich für die Öffentlichkeit eignet, die Entsendungen auf den Figurentafeln oder in Holzschnitten in der „Deutschen Gewerbezeitung“ so schnell als möglich gratis zu veröffentlichen, oder im nicht sich eignenden Fall, dieselben franco wieder an ihre Adresse zurückzusenden. Besondere Exemplare der Nummer, worin eine Beschreibung und Zeichnung erscheint, Extraabzüge der Figurentafeln und Glische von den Holzschnitten, sind auf Verlangen gegen billige Vergütung zu erhalten.

Die Redaktion der „Deutschen Gewerbezeitung“.